

Arbeiterchaft und Teuerung.

Bechlüsse der Gewerkschaften.

Zur Favoritener Arbeiterheim tagte, wie die Arbeiterzeitung berichtet, Sonntag und Montag die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften, um über die Lebensmittelpnot und die Forderungen der Gewerkschaften zu beraten. An der Konferenz nahmen 189 Delegierte von 55 Verbänden teil, die 340.000 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen vertraten.

Nachdem Delegierter Hueber das Referat erstattet hatte, beantragte er, dem Ministerpräsidenten eine Resolution zu überreichen, in der unter anderem folgende Forderungen gestellt werden:

1. Energische und zweckdienliche Abwehr der fortgesetzten Preissteigerungen aller für die Lebenshaltung notwendigen Bedarfsartikel. Der Abbau der Lebensmittelpreise ist ernstlich in Angriff zu nehmen.

2. Die geplante Erhöhung des Brotpreises hat insoweit zu unterbleiben, als sie nicht den Lebensbedürfnissen der Lebensmittelarbeiter entspricht; das etwaige Defizit in der Brot- und Mehlverteilung ist zu Lasten der Staatskasse zu übernehmen.

3. Die Vorbehalte für Selbstversorger sind auf das unerlässliche Maß einzuschränken und Unterschleife der Mühlen durch Aufhebung der freien Vermahlung zu unterdrücken.

4. Erhöhung der Rationsquote aller staatlich bewirtschafteten Lebensmittel für Arbeiter und Angestellte.

5. Zusicherung besonderer Zuweisung von Kleidern, Wäsche und Schuhen an Arbeiter und Angestellte.

Die Resolution wurde beschlossen und eine Deputation mit der Ueberreichung an den Ministerpräsidenten beauftragt. Am Montag berichtete der Referent Hueber über die Besprechung mit den Ministern.

Er führte unter anderem aus: Die Abordnung hatte Sonntag von 6 bis 9 Uhr abends eine Besprechung beim Ministerpräsidenten Baron Gussarek. Es waren auch die Minister Paul, Mataja und Gayer anwesend. Ueber die Preissteigerungen erklärte Minister Paul, er wisse, wie in den letzten Wochen die Preise gestiegen seien, und die Regierung berate, wie dem Einhalt zu gebieten sei. Neue Verordnungen haben keinen Zweck, da die alten gut seien, aber nicht eingehalten werden. Man werde versuchen, mit den alten den Wünschen zu entsprechen. Der Regierung sei bekannt, daß große Unternehmer mit Zustimmung der Arbeiter Lebensmittel für den Winter kaufen. Dadurch treibe man die Preise in die Höhe und werde die Erfassung der Lebensmittel für die Regierung erschwert. Die Arbeiter sollen dahin wirken, daß die Unternehmer keine solchen Vorräte anschaffen. Mit der Forderung nach Gleichbleiben des Mehl- und Brotpreises haben wir gar nichts erreicht. Der Finanzminister wehrt sich gegen die Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse. Ungarn hat schon die Preisse erhöht und die Regierung erklärt, es sei unbedingt nötig, zu folgen. Oesterreich habe den niedrigsten Getreidepreis der Welt und er sei nicht aufrechtzuerhalten. Nach dem Kriege werde der Weltmarktpreis noch viel höher sein als der, den die Regierung jetzt verordnen werde. Eine weitere Beschränkung der Selbstversorger sagte der Minister nicht an. Die Ueberwachung der Mühlen, sagte der Minister zu, doch verhehle er sich nicht, daß zur vollständigen Erfassung nötig wäre, hinter jeden Produzenten einen Wächter und hinter jeden Wächter einen zweiten Wächter zu stellen. Ueber die Erhöhung der Ration sagte der Minister,

er habe seit 14 Tagen eine bessere Meinung über die Ernte in der Ukraina; sie sei um 30 Prozent größer, als man geglaubt habe. Mit aller Vorsicht wolle er zusehen, daß die Erhöhung der Ration in Betracht zu ziehen sei. Vielleicht werde es möglich sein, sie in einiger Zeit vorzunehmen. Man solle aber nicht bestimmte Hoffnungen erwecken. Die Verwendung ukrainischen und rumänischen Getreides allein würde schon die Preissteigerung rechtfertigen. Man müsse dort horrende Summen zahlen und hier weit unter dem Einkaufspreis verkaufen. Ueber Kleider, Wäsche und Schuhe erklärte der Ministerpräsident, er werde mit dem Handelsminister sprechen; wegen der geringen Vorräte müsse mit äußerster Vorsicht vorgegangen werden. Mehr als den guten Willen könne er vorläufig nicht zusichern. Wegen der Löhne forderten wir, daß die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eine Reichsarbeitskommission bilde, die sich hauptsächlich damit zu beschäftigen habe, die Löhne mit den Lebensmittelpreisen in Einklang zu bringen.

Schließlich, so führte der Referent weiter aus, erklärte aber der Ministerpräsident, er betrachte die Verwaltungsreform als eine der wichtigsten Aufgaben, und darum erscheine ihm auch die Reichsarbeitskommission als bedeutungsvoll, sie könnte auch Gutes in der Uebergangszeit wirken. Er stehe dem Plan sympathisch gegenüber und glaube, daß die zumeist technischen Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes werde die Sache vielleicht nicht gehen, man werde wahrscheinlich ein eigenes Gesetz machen müssen.

Auf Grund dieses Berichtes faßte hierauf die Gewerkschaftskonferenz ihre Beschlüsse: Insolange eine erträgliche Ernährung der Arbeiter nicht eintritt, wird den einzelnen Gewerkschaften empfohlen, je nach der Sachlage in ihrem Berufsweige von den bewährten gewerkschaftlichen Mitteln Gebrauch zu machen, um die unerträglich gewordene Teuerung durch Lohnerhöhungen zu mildern.